

Es dauerte 72 Stunden, bis sich die Struktur des Deals aufzulösen begann

Der Oberste US-Gerichtshof sprengte 2,4 Billionen Dollar an Investitionszusagen und die Wall Street feierte.

21. Februar 2026 | Shanaka Anslem Perera

Es dauerte 72 Stunden, bis sich die Struktur des Deals aufzulösen begann. Nicht Monate. Kein Vierteljahr. 72 Stunden.

Die gefährlichsten 150 Tage in der Geschichte des amerikanischen Handels begannen gestern, und der Markt bewertete dies als Erleichterung.

Indien hat gerade seine Handelsdelegation nach Washington verschoben. Die Reise war für den 23. bis 25. Februar geplant, um das vorläufige Abkommen abzuschließen, das sie zu einem IEEPA-Satz¹ von 18 Prozent ausgehandelt hatten, der nun nicht mehr existiert. Ein neuer Termin wurde noch nicht festgelegt. Die indischen Beamten wollen „die Auswirkungen“ eines Urteils bewerten, das den Satz, über den sie monatelang verhandelt hatten, rechtlich bedeutungslos gemacht hat.

Der Handelsbeauftragte des EU-Parlaments, Bernd Lange, schlägt vor, die Ratifizierung des Schottland-Abkommens vollständig auszusetzen. Das Abkommen sah einen Austausch der IEEPA-Zollobergrenze von 15 Prozent gegen EU-Beschaffungsverpflichtungen in Höhe von 750 Milliarden Dollar vor. Er bezeichnete die Situation als „reines Zollchaos“. Dies ist die zweite Aussetzung.

Die erste betraf Grönland.

Für den 23. Februar ist eine Krisensitzung angesetzt. Der Steuerchef der japanischen Regierungspartei, Itsunori Onodera, verwendete drei Worte, die in jedem Handelsministerium der Welt Widerhall finden werden: „Ein echtes Chaos.“

Japan hat 550 Milliarden Dollar zugesagt. Das Land signalisiert öffentlich, dass es seine Investitionszusagen einhalten wird. Lesen Sie das sorgfältig: Es signalisiert. Es bestätigt nicht. Wenn ein Land mit Japans diplomatischer Präzision sich dafür entscheidet, zu signalisieren statt zu bestätigen, ist die interne Diskussion weitaus schlimmer als die öffentliche Erklärung.

Der australische Handelsminister Don Farrell bezeichnete den 15-prozentigen Zoll als „ungerechtfertigt“ und sagte, seine Regierung werde „alle Optionen prüfen“. In der diplomatischen Sprache umfasst „alle Optionen“ auch WTO-Streitverfahren. Australien hat sich nie geschaut, amerikanische Handelsmaßnahmen durch formelle Mechanismen anzufechten.

Genau das habe ich in „[The Six Clocks](#)“ vorhergesagt. Abschnitt 122 darf keine Diskriminierung nach Ländern vornehmen.

¹ IEEPA: Der International Emergency Economic Powers Act vom 28. Dezember 1977 ist ein Bundesgesetz der USA, das den Präsidenten ermächtigt, den internationalen Handel zu regulieren, nachdem er aufgrund einer ungewöhnlichen und außergewöhnlichen Bedrohung für die USA, deren Ursprung ganz oder überwiegend außerhalb der USA liegt, den nationalen Notstand ausgerufen hat.

Jedes Land, das im Austausch für Zusagen in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar einen bestimmten IEEPA-Satz ausgehandelt hat, erhält nun denselben Satz von 15 Prozent wie Länder, die nichts angeboten haben. Die Architektur der bilateralen Abkommen steht nicht unter Druck. Sie ist strukturell nicht funktionsfähig.

Unterdessen nähern sich zwei Flugzeugträgerkampfgruppen dem Arabischen Meer. Trump hat Iran am 19. Februar ein Ultimatum von 10 bis 15 Tagen gestellt. Die implizite Frist läuft etwa am 28. Februar ab.

Bloomberg prognostiziert einen durchschnittlichen Brent-Preis von 91 Dollar pro Barrel, wenn die iranischen Exporte vollständig wegfallen. Oxford Economics geht von 130 Dollar aus, wenn es zu einer Störung in der Straße von Hormus kommt.

Die sekundäre Iran-Zollgebühr, eine Strafgebühr von 25 Prozent für Länder, die iranisches Öl kaufen, wurde unter der IEEPA-Befugnis verhängt, die der Oberste Gerichtshof gerade für ungültig erklärt hat. Das nicht-militärische Druckmittel wird genau in dem Moment rechtlich außer Kraft gesetzt, in dem die militärische Option an Fahrt gewinnt.

Der Konsens lautet, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bereits eingepreist war. Indien, Europa, Japan und Australien haben Ihnen gerade mitgeteilt, dass dies nicht der Fall ist.

Die bilateralen Verpflichtungen hatten einen Wert von über 2 Billionen Dollar. Sie waren an eine Rechtsgrundlage geknüpft, die am Morgen des 20. Februar ausgelaufen ist. Die Partner rechnen gerade nach. Die einzigen, die nicht nachrechnen, sind diejenigen, die glauben, dass eine Erholung um 0,69 Prozent bedeutet, dass die Krise vorbei ist.

Die Uhren ticken. Vier Länder haben gerade bestätigt, dass sie es gehört haben.

Paul Ashworth von *Capital Economics* erkannte das strukturelle Problem innerhalb weniger Stunden nach der Entscheidung: Trump wird viele der von ihm ausgehandelten Abkommen nicht mehr einhalten können.

ING THINK äußerte sich noch pointierter: Da die Gefahr von Zöllen gemäß IEEPA nun gebannt ist, könnten einige Handelspartner versuchen, ihre eigenen Verpflichtungen neu zu verhandeln oder zu überdenken. US-Handelsbeauftragter Greer beharrte darauf, dass alle von Präsident Trump ausgehandelten Handelsabkommen in Kraft bleiben werden, doch diese Behauptung lässt sich ohne Durchsetzungsmechanismen nicht untermauern.

Richter Kavanaugh warnte in seiner abweichenden Meinung, dass das Urteil zu Unsicherheit in Bezug auf verschiedene Handelsabkommen im Wert von Billionen Dollar führen könnte. Das Korea Economic Institute of America stellte erhebliche Unsicherheit und Zurückhaltung hinsichtlich der zugrunde liegenden Struktur fest.

Was am 20. Februar starb, war nicht ein Zollsatz. Was starb, war die Fähigkeit der Exekutive, länderspezifische Zollzugeständnisse im Austausch für Investitionszusagen zu machen – das architektonische Prinzip, das den bilateralen Abkommen im Wert von mehr als 2 Billionen Dollar zugrunde lag, die in den vorangegangenen zehn Monaten ausgehandelt worden waren.

- Japan sagte 550 Milliarden Dollar für Investitionen in Halbleiter, Energie und KI zu, um einen pauschalen IEEPA-Satz von 15 Prozent zu erhalten, der von den angedrohten 25 Prozent gesenkt worden war.

- Südkorea versprach 350 Milliarden Dollar für Schiffbau, Halbleiter und Batterien für denselben Satz von 15 Prozent.
- Die EU akzeptierte in Turnberry eine Obergrenze von 15 Prozent im Austausch für amerikanische Energie- und Chip-Beschaffungen im Wert von 750 Milliarden Dollar.
- Indonesien unterzeichnete sein Abkommen über gegenseitigen Handel am 19. Februar, buchstäblich einen Tag vor der Entscheidung, mit einem Satz von 19 Prozent.
- Indiens Rahmenabkommen legte 18 Prozent fest.